

Schlesische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Mit der illustrierten Monatsbeilage „Sichel und Hammer“ und den wöchentlich bzw. 14-tägig erscheinenden Beilagen „Tribüne“
„Die Rote Sichel“, „Der Jungprolet“, „Die Genossin“

Anzeigenpreis: Die 9 gespaltene Millimeterzeile ob. deren Raum 1000.— Mtl. Etabliss- und Wohnungsangelegenheiten, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsangelegenheiten 800.— Mtl. Kleine Anzeigen per Wort 50.— Mtl. — Stellenausschreibungen: Die Millimeterzeile 4 gespalten ober deren Raum im Text 2500.— Mtl.

Sonnabend, den 21. Juli 1923

Bezugspreis: Durch Austräger, 4000.— Mtl. pro Woche. Durch die Post 6500.— Mtl. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages für Monat Juli. Reaktionen und Expeditions Breslau, Trödelstraße 60. — Postfach 1000. Breslau Nr. 310 50. — Fernsprecher: Breslau, Ring 2557.

Die Plünderungen — Provokation antisemitischer Faschisten

Mehrere Tote und Schwerverletzte / Verschärfter Belagerungszustand Die Kommunisten für sofortige Bildung proletarischer Hundertschaften

Breslau, 21. Juli.
Der 20. Juli muß eine Warnung und Lehre für das Breslauer Proletariat sein. Nicht durch Verzweiflungsdemonstrationen, die angesichts der hungernden Massen auf einen günstigen Boden fallen, kann die Lage der Arbeiterklasse verbessert werden. Die Not der Arbeiterklasse ist tiefengradig und ein mit den besten Mitteln vorgehendes Unternehmertum schafft den Boden, auf dem derartige Verzweiflungsdemonstrationen geschehen können. Aber die Arbeiterklasse hat zu erkennen, daß spontane Plünderungsdemonstrationen nur der revolutionären Arbeiterbewegung schaden. Nicht ein Jota wird an der elenden Lage der Arbeiterklasse gebessert. Weder Hunger noch Ausbeutung können durch beratschlagte Aktionen der Arbeiterklasse beseitigt werden. Der Kampf um die Erreichung einer besseren Lebenslage kann nur so geführt werden, daß in geschlossener Einheitsfront das Proletariat den politischen Kampf um die Eroberung einer Arbeiterregierung aufnimmt. Erst die Arbeiterregierung kann die politischen Sicherungen schaffen, durch die Kontrolle der Produktion, durch die Erfassung der Sachwerte dem ausbeutenden Unternehmertum einen Damm entgegenzusetzen.

Der gestrige Tag hat für die Arbeiterklasse ganz Deutschlands, und insbesondere der Provinz Schlesiens, die ungeheure Gefahr der faschistischen Offensive offenbart. Faschistische Jungbataillone waren es, die bei den Plünderungen die Führung übernahmen, sie versuchten, durch die Plünderung jüdischer Geschäfte ihrer antisemitischen Propaganda eine tatkräftige Nachhilfe zu geben. Die Plünderungsdemonstration vom 20. Juli ist als eine wohlorganisierte faschistische Provokation der Arbeiterklasse entlarvt! Wohlorganisiert, durch Radfahrerkolonnen unterstützt, wollten die Faschisten ihre gestrige Aktion zu einem schweren Schlag gegen die Arbeiterklasse machen. Die Gefahr ist groß, wenn die Arbeiterklasse nicht sofort erkennt, was mit ihr gespielt werden soll, und ihre Gegenmaßnahmen ergreift. Nur zu willig kommen die Behörden den Absichten der Faschisten entgegen! Das Ergebnis der gestrigen Vorgänge ist die Behauptung des Ausnahmezustandes über den Stadt- und Landkreis Breslau. Das bedeutet keine Verhinderung weiterer faschistischer Provokationen, aber es bedeutet die dringlichste Mahnung der revolutionären Arbeiterbewegung.

Es bedeutet, daß die Arbeiterklasse schutzlos den faschistischen Elementen ausgeliefert wird.

Das Ergebnis der gestrigen Vorgänge ist neben zahlreichen Toten und Verwundeten die Sicherung Hunderte hungernder Arbeiter, die teilweise als Irregeführte, sich durch die Faschisten zu Verzweiflungstaten hinweisen ließen, zum größeren Teil als vollkommen unbeteiligt in die Schlingen der Klassenjustiz gerieten. Die schmerzlichen Mißhandlungen der Verhafteten, denen dieselben auf den Wachen ausgesetzt waren, sind nur ein Vorpiel für die Qualen, die den Verhafteten durch die „gesetzliche“ Gerichtsbarkeit widerfahren werden.

Vom Gewerkschaftskartell ist mit den Behörden vereinbart worden, daß der Schutz zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung aus den Reihen der organisierten Arbeiterklasse zu übernehmen ist. Schon die

ganze Anlage dieses Planes ist nicht geeignet, die Erregung der Massen zu dämpfen, sowie die Arbeiterklasse vor weiteren faschistischen Provokationen zu bewahren. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, die durch ihre bisherige Ablehnung aller Sicherungsmaßnahmen gegen die faschistische Gefahr zu einem großen Teil die Schuld auch an den gestrigen Vorgängen haben, können auch heute noch nicht aus ihrer Passivität heraus. Auch heute noch zaudern sie, den einzigen Weg zu gehen, der die Arbeiterklasse zu einem kampfbereiten, festgefügten Block gegen Hunger und Faschismus macht. Nicht durch einige Arbeiter, die als proletarischer Sicherheitsdienst, durch Binden des Pro-

letariatpräsidents zum Mittels gemacht werden, sondern nur durch die Übernahme des gesamten Sicherheitsdienstes durch proletarische Hundertschaften der organisierten Arbeiterklasse kann zur Beruhigung der Bevölkerung beigetragen werden. Die Arbeiterklasse in den Betrieben muß dafür sorgen, daß der Ausnahmezustand sofort rückgängig gemacht wird, sie muß fordern, daß die Urheber der gestrigen Vorgänge ermittelt und zur Verantwortung gezogen werden. Sie muß fordern, daß endlich die faschistischen Verbände restlos von der Bildfläche verschwinden

und ihnen mit allen Mitteln alle weitere Propaganda unmöglich gemacht wird. Sie muß fordern, daß sich Schutz und Rettung jeder Provokation gegen die Arbeiterklasse entzweit. Sie muß die Freilassung aller verhafteten Arbeiter fordern. Sie muß die Einstellung aller Verfahren fordern, gegen diejenigen, denen nicht einwandfrei die Teilnahme an der Plünderung nachgewiesen ist.

Die Arbeiterklasse muß aus den gestrigen Vorgängen die große Lehre ziehen, daß sie sich sofort zu einer kampfbereiten Einheitsfront formieren muß, daß sie durch die planmäßige Organisation proletarischer Hundertschaften gegen den Faschismus und proletarischer Kontrollausschüsse gegen den Wucher die Grundlagen schaffen muß für den Kampf um die Sicherung ihrer Existenz.

In den Nachstunden wurde folgendes Flugblatt von der KPD verbreitet:

An die Arbeiterschaft von Breslau!

Arbeiter! Klassengenossen!

Arbeiterblut ist in den Straßen Breslaus geflossen. Verzweifelte, hungernde Proleten sind tot oder zu Krüppeln geschossen worden. Die Vorgänge am Freitag nachmittag in Breslau zeigen den Ernst der Stunde.

Planmäßig provoziert Euch das Unternehmertum und das antisemitische Faschistenband!

Kurz bevor die Plünderungen in der Stadt vor sich gingen, marschierten Jungdo und andere faschistische Verbände durch die Straßen der inneren Stadt. Der blutbesetzte Arbeitermörder General Märker, bekannt durch das Niederschlagen der Arbeiterschaft in Mittel- und Norddeutschland, weilt ausgerechnet am Freitag in Breslau. Die „Schlesische Tagespost“, das deutschnational-revolutionäre Revolverblatt, hat schon vorher aus der Schule geplaudert, indem es nur zu durchsichtige Behauptungen aufstellte, die Kommunisten hätten den Breslauer Metallarbeiterstreik angezettelt, um ihn zu einem Putzschuß auszunutzen. So ruft der Verbrecher: „Haltet den Dieb! Am nächsten wird die Situation dadurch erblickt, daß fast

ausschließlich Geschäfte mit jüdischen Inhabern geplündert

wurden. Dies alles beweist, daß sich antisemitische und deutschnational-provokateure die ungeheure Notlage der Arbeiterschaft zunutze machen, um sie zu Ausschreitungen zu veranlassen, die einen

Vorwand zur blutigen Niedererschlagung des Proletariats

geben. Die Unternehmer der Metallindustrie verstärken die Provokation, indem sie die Arbeiterschaft mit Bettelstempeln und Entlassungspapieren zur hungernden Familie zurückschicken.

Arbeiter! Klassengenossen! Die Verzweiflungsausbrüche und Plünderungen können Eure Notlage nicht

bessern. Die Plünderungen helfen Euch nicht. Euer Feind, das organisierte Kapital und die bezahlten Faschistenbanditen sind nur organisiert zu schlagen.

Die Kommunisten haben sich sofort an das Gewerkschaftskartell Breslau gewandt mit der Aufforderung, unverzüglich die organisierte Arbeiterschaft zu Ordnertrupps oder Hundertschaften zusammenzufassen, die den Ordnungs- und Wachdienst in der Stadt übernehmen. Nur der organisierte Selbstschutz kann das Proletariat vor reaktionären Provokateuren sichern und schützen!

Proletarier! Genossen!

Die politische Bedeutung der Breslauer Vorgänge liegt klar zutage. Der Kappisten-Kapitän Ehrhardt wurde befreit.

Die Reaktion plant einen großen Schlag,

um durch Aufrichtung ihrer Diktatur und des weißen Terrors Euch schlimmer als je ins Elfenbeinloch zu zwingen! Es gilt Ruhe und Besonnenheit zu bewahren! Man will die Rüstung zum proletarischen Massenaufmarsch am Antifaschistentage, den 29. Juli, föhren! Es gilt in geschlossener Front den Kampf gegen den Hunger und Faschistenterror aufzunehmen.

Deshalb muß die kämpfende Einheitsfront aller Kopf- und Handarbeiter hergestellt werden!

Teilstreiks und Teillohnbewegungen müssen endlich zusammengesetzt und auf breiterer Grundlage geführt werden. Zwingt die Gewerkschaften dazu. Nur so ist der Kampf um den höheren Lohn und das Stückchen Brot siegreich gegen das Kapital zu führen.

Der Kampf um die Eroberung der politischen Macht zur Bildung einer Arbeiterregierung ist der einzige Weg, den Hunger und den weißen Schrecken zu besiegen

Durchkreuzt die Absicht der Reaktion!

Steht geschlossen zusammen im proletarischen Selbstschutz!

Lacht Euch nicht provozieren!

KPD, Bezirksleitung, Schlesien.

Der verschärfte Belagerungszustand

Breslau, 21. Juli.
Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien hat über Stadt- und Landrecht Breslau den verhängenen Ausnahmezustand verlängert. Seine Verordnung hat folgenden Wortlaut:
§ 1. Auf Grund des § 48, II der Reichsverfassung und der Anordnungen für die Oberpräsidenten vom 31. Dezember 1921, § 11, II, verlängere ich über Stadtrecht und Landrecht Breslau den verschärfte Ausnahmezustand.
§ 2. Versammlungen, Aufzüge und Kundgebungen unter freiem Himmel sind bis auf weiteres untersagt.
§ 3. Versammlungen in geschlossenen Räumen sind 24 Stunden vor ihrem Stattfinden der Ortspolizeibehörde anzumelden und unterliegen ihrer Genehmigung.
§ 4. Verstöße gegen die Bestimmungen der §§ 2 und 3 werden mit Gefängnis nicht unter drei Monaten und mit Geldstrafe bis zu 10 Millionen Mark oder mit einer dieser Strafen belegt.
§ 5. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.
Breslau, den 21. Juli 1923.
Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien.

Ein Staatsgerichtshof, der vor den Staatsgerichtshof gehört!

Die sächsische Regierung richtet aufsehenerregende Anklagen gegen den Präsidenten des Staatsgerichtshofes, Dr. Schmidt. Er habe durch die Aufhebung der Sicherheitsmaßnahmen gegen Ehrhardt dessen Befreiung mitverschuldet. Eine Reihe von Besuchen hat Dr. Schmidt ohne die Zuziehung einer Aufsichtsperson gestattet. Dies geschah, obwohl ein Briefschreiber dem Ehrhardt „erfreuliche Ereignisse“ angelündigt hatte, was dem Staatsgerichtshof bekannt war. Dr. Schmidt hat es ausdrücklich unterlagert, die Unterredungen zu überwachen, die Karl Ehrhardt und die Frau Ehrhardt mit Kapitanleutnant Ehrhardt hatten. Hierdurch hat Dr. Schmidt alle Fluchtmittel in die Hand des Kapitanleutnants gespielt.

Karl Ehrhardt hat sich offen seiner guten Beziehungen zum Reichskanzler Cuno und Justizminister Dr. Brüning gerühmt. Karl Ehrhardt ist inzwischen aus der Untersuchungshaft in Hamburg entlassen worden. Die sächsische Regierung kündigt noch weitere Verhaftungen an, die beweisen, daß hohe Reichsbeamte mit den Rappverbrechern gemeinsame Sache machen.

Der „Vorwärts“ bemerkt zu den Anklagen der sächsischen Regierung, daß sehr merkwürdige Dinge vorgehen. Wenn sich die Veröffentlichungen behaupten, so seien diese Vorgänge ein Skandal, wonach der Staatsgerichtshof selbst vor den Staatsgerichtshof gehöre.

Patentreiz-Studenten sammeln sich

Salle, 19. Juli.
Heute vormittag, 10 Uhr, kamen etwa 120 Studenten am Halleischen Bahnhof an. Zum Teil kamen sie von Berlin. Sie wurden mit sehr warmen Worten begrüßt und überbrachte ihrer Angehörigen. Natürlich wollten sie unter der harnenden Masse von „Bergrstudenten“. Daß die Arbeiterschaft auf die Leute bei anderen Obacht geben muß, geht aus der Tatsache hervor, daß ein Teil von ihnen einem Jagdklub angehört, der vorläufig Schießjagden mit Kleinkalibern abhält.

Was sollen die Studenten auf den Gütern arbeiten? Die Güter sind noch nicht so weit. Der Transport steht in Verbindung mit dem Jureat in der „Deutschen Zeitung“, in dem „National geistliche Leute“ zum Fortschritt gebracht werden. Diese 120 Berliner Studenten sind bewaffnete Faschisten, die von den sozialdemokratischen Regierungsmännern mit Waffen und Munition ausgestattet und im gegebenen Moment auf die Arbeiterschaft losgelassen werden.

Metallarbeiterausperrung

Frankfurt a. M., 20. Juli.
Die Maschinenbau-Anstalt vorm. Forsting und Wittich, hat heute ihre Belegschaft von mehreren hundert Arbeitern ausgediebt. Der Vorstand für diese proletarische Maßnahme ist die Forderung der Belegschaft auf eine Million Wirtschaftshilfe. Die Nachricht von der Ausperrung eilte wie ein Lauffeuer durch die Frankfurter Betriebe, die in Belegschaftsversammlungen zu der Lage Stellung nahmen. Die Frankfurter Metallarbeiter sind nicht gewillt, ihre Kollegen im Stich zu lassen, um so mehr, als der Vorstand der Firma Forsting und Wittich als Einleitung einer allgemeinen Unternehmerstreik erscheint.

Die Arbeiterschaft des ganzen Reiches muß ihre Augen auf die Arbeiterkämpfe in Schlesien, Frankfurt a. M. und Bielefeld richten. Die Gewerkschaftsleitungen haben die Pflicht, zu verhindern, daß die Unternehmer systematisch einen Teil der Arbeiter nach dem andern wiederkündigen. Die Unternehmerprotestationen müssen mit der allgemeinen Aktion der Gewerkschaften beantwortet werden.

Zum Antifaschistentag in Schlesien

Die Bedeutung des Antifaschistentages

Immer frecher erhebt die Reaktion und der Faschismus sein Haupt in Deutschland. Die Bourgeoisie und ihre bewaffneten Verbände glauben, die Geduld der Arbeiterklasse sei unerschöpflich. Weil 5 Jahre die Arbeiter geduldet die Folgen des kapitalistischen Krieges und der wahnwitzigen Nachkriegspolitik getragen haben, läßt sich die ganze Reaktion zu immer neuen Schlägen gegen das Proletariat ermuntern. Es ist darum höchste Zeit, daß das Proletariat aus seiner Passivität erwacht und sich rüftet, damit es nicht von der Bourgeoisie und von dem Faschismus über Nacht blutig niedergeschlagen wird. Die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer haben alles getan, um die Arbeiter in Passivität und Stumpfheit zu stürzen. Wo sich das Proletariat zu einer Einheitsfront zusammenschließen begann, traten sie auf, um die Ein-

in die Hände der Faschisten legen, da war ganz Italien abgezogen, daß keine Macht vorhanden sei, die Mussolini widerstehen könne. In Tausenden von Versammlungen, in Tausenden von Demonstrationen, in Tausenden von Paraden hatte vorher der Faschismus die öffentliche Meinung des Landes so beeinflusst, daß die Bevölkerung vor der Unwiderstehlichkeit der faschistischen Kraft überzeugt wurde. Die Arbeiterklasse muß aus der Gleichgültigkeit des Faschismus lernen. Nur wenn sie ununterbrochen ihren Kampfeswillen zeigt, daß sie vorwärts will, daß sie sich einig und stark fühlt, daß sie mit Vertrauen in die Zukunft schaut, daß sie in ihre Hände nehmen will, ihr eigenes und des Staates Schicksal, wird ihr die Niederlage erspart bleiben, wird der Faschismus nicht die Macht nehmen können, wird das Proletariat siegreich sein. Der Antifaschistentag soll der erste Schritt des deutschen Proletariats auf diesem Wege nach vorwärts sein.

Wie soll der Antifaschistentag durchgeführt werden?

Während die Faschisten im Dunkel der Nacht ihren Aufmarsch vollziehen, bei nachtschlafender Zeit ihre Hakenkreuzfahnen in Wäldern weihen, werden wir in aller Öffentlichkeit den Aufmarsch der Arbeiterschaft zum Antifaschistentag organisieren. Der Antifaschistentag am 29. Juli soll jedoch nur darin bestehen, daß in möglichst vielen Parteiorientierten öffentlichen Versammlungen abgehalten werden, in welchen unsere Parteigenossen mit den Sympathisierenden Stellung zu den faschistischen Gefahren nehmen. Der Antifaschistentag darf sich nicht darin erschöpfen, daß in mehreren Parteiorientierten an diese öffentlichen Versammlungen sich eine kurze leere Demonstration anschließt. Nein! Dieser Tag wird im ganzen Reich, also auch in Schlesien, die gesamte arbeitende Bevölkerung zusammenschweißen und einen sichtbaren Aufmarsch aller revolutionären Elemente gegen den Faschismus durchführen. Die Faschisten werden aus weiten Gegenden zusammengesogen zu großen Paraden der Konterrevolution, so sind zum Beispiel aus Oberschlesien und Schlesien in der letzten Woche viel Extrazüge nach München emigriert worden zur faschistischen Parade. Alle Klassenbewußten Arbeiter in Schlesien werden am 29. Juli aufmarschieren, um der Reaktion zu zeigen, daß sie nicht gewillt sind, sich von den Faschisten erschlagen zu lassen.

Um die Arbeitermassen für dieses große Ziel zu gewinnen, findet in der kommenden Woche vom 22. bis 28. Juli eine Aufklärungs- und Mobilisationswoche statt. Sie muß in allen Parteizellen, Betriebs-, Gewerkschafts- und öffentlichen Versammlungen beginnen und den Zweck haben, alle Arbeiter für diese revolutionäre Kampfbewegung zu gewinnen. Unsere Ortsleitungen in allen Orten sollen an alle Arbeiterorganisationen Anträge stellen, sich am Antifaschistentag und seiner Vorbereitung zu beteiligen. In Frage kommen die sozialdemokratischen Ortsgruppen, die Zellen der Gewerkschaften, die Ortsausschüsse des UOB, die Kriegsbefähigten-, Sport- und Mieterorganisationen, die Gewerkschaften und Arbeiterkameradenorganisationen. Auch die Konjunktionsgenossenschaften sind hierfür zu gewinnen, denn alle Arbeiterorganisationen werden bei einem Sieg des Faschismus zerstört und ihr mühselig aufgebauter Organisationsapparat, ihre Volkshäuser, Bruderkreisen usw. werden zerrümmert. Sie sind deshalb mit anzusetzen zur Vorbereitung des Kampfes gegen den Faschismus. In Italien, in Ungarn und jetzt in Bulgarien haben diese Schlingel des Großkapitals der Arbeiterschaft alles zerrümmert, was sie in mühseliger, jahrelanger Kleinarbeit sich aufgebaut und errungen haben. Deshalb muß erwartet werden, daß alle diese Organisationen, soweit in ihnen die Erkenntnis ihrer Klassenlage herangerückt ist, sie sich mit der revolutionären Arbeiterschaft in den Dienst dieser Abwehrbewegung stellen.

Die Arbeitermassen für dieses große Ziel zu gewinnen, findet in der kommenden Woche vom 22. bis 28. Juli eine Aufklärungs- und Mobilisationswoche statt. Sie muß in allen Parteizellen, Betriebs-, Gewerkschafts- und öffentlichen Versammlungen beginnen und den Zweck haben, alle Arbeiter für diese revolutionäre Kampfbewegung zu gewinnen. Unsere Ortsleitungen in allen Orten sollen an alle Arbeiterorganisationen Anträge stellen, sich am Antifaschistentag und seiner Vorbereitung zu beteiligen. In Frage kommen die sozialdemokratischen Ortsgruppen, die Zellen der Gewerkschaften, die Ortsausschüsse des UOB, die Kriegsbefähigten-, Sport- und Mieterorganisationen, die Gewerkschaften und Arbeiterkameradenorganisationen. Auch die Konjunktionsgenossenschaften sind hierfür zu gewinnen, denn alle Arbeiterorganisationen werden bei einem Sieg des Faschismus zerstört und ihr mühselig aufgebauter Organisationsapparat, ihre Volkshäuser, Bruderkreisen usw. werden zerrümmert. Sie sind deshalb mit anzusetzen zur Vorbereitung des Kampfes gegen den Faschismus. In Italien, in Ungarn und jetzt in Bulgarien haben diese Schlingel des Großkapitals der Arbeiterschaft alles zerrümmert, was sie in mühseliger, jahrelanger Kleinarbeit sich aufgebaut und errungen haben. Deshalb muß erwartet werden, daß alle diese Organisationen, soweit in ihnen die Erkenntnis ihrer Klassenlage herangerückt ist, sie sich mit der revolutionären Arbeiterschaft in den Dienst dieser Abwehrbewegung stellen.

Den Ortsleitungen geht in den nächsten Tagen noch besonderes Material für die Aufklärungs- und Mobilisationswoche zu, welches sofort der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden muß. Ein einheitliches Abzeichen ist ebenfalls hergestellt und wird sofort zugesandt. Es ist überall zum Einheitspreis von 2000 M. an alle Arbeiter zu vertreiben und ist während der Aufzüge offen zu tragen. Wo die Abzeichen nicht ausreichen, sind bei uns sofort welche nachzubestellen.

Als nächste Aufgabe aller Parteigenossen in unseren Ortsgruppen ist, zu erreichen, daß nicht nur allein die Kommunisten, sondern die gesamte Klassenbewußte Arbeiterschaft sich mit in den Dienst des Abwehrkampfes gegen die Faschisten einstellt. Die Kommunisten allein sind zu schwach, in Schlesien den Kampf gegen die Faschisten zu führen, deshalb muß jeder Klassenbewußte Arbeiter, jeder Revolutionär sich einreihen in die Einheitsfront des revolutionären Proletariats! Deshalb, Parteigenossen, auf ans Werk! Es gilt, unteren Parolen zum Abwehrkampf gegen die Reaktion nunmehr die lebendige Tat folgen zu lassen. — Bildet die Einheitsfront!

Kommunisten vor die Front!
Bezirksleitung Schlesien
der Kommunistischen Partei Deutschlands
Bezirksleitung Schlesien
der Kommunistischen Jugend



Der Faschismus wird liegen.

menn die Arbeiterschaft wie eine Hamamelherbe umherläuft. Die revolutionäre Betriebsrätebewegung arbeitet mit allen Kräften für die Schaffung proletarischer Abwehrorganisationen

Die Betriebsrätebewegung muß gestärkt werden

In der Zeit vom 22. bis 29. Juli zeichnet jeder Arbeiter einmal einen Stundenlohn auf die Sammelkarte des Reichsausschusses der Betriebsräte!

heitsfront zu sprengen. Wo sich das Proletariat Selbstschutzorganisationen schuf, um sich gegen die Angriffe der Reaktion verteidigen zu können, wurden diese von den Behörden aufgelöst, ihre Existenz als ein Hochverrat hingestellt. Reichswehr, Polizei und Justiz sind Organe gegen die Sicherheit der Arbeiterklasse, Helfer der Reaktion. Wenn die Arbeiterklasse nicht rechtzeitig mobilisiert, ist sie der brutalen Gewalt ihrer Klassenfeinde ausgeliefert. Nur das wachsame und zum Kampf geeinte Proletariat kann den Gegner zurückdrängen oder seine Angriffe abweisen. Die Worte der faschistischen Organisationen, die Dynamikentzerrung auf Arbeitergeheimnissen sind Signale, die die große Gefahr anzeigen. Das Proletariat muß handeln lernen, ehe es zu spät ist.

Am das Proletariat zur Einheitsfront gegen den Faschismus zu kämpfen, seinen Kampfeswillen und seine Widerstandskraft zu stärken, findet am 29. Juli im ganzen Reich der Antifaschistentag statt. Die Partei ruft ihre Mitglieder auf, unter der gesamten Arbeiterschaft und in ihren Organisationen dafür zu wirken, daß der 29. Juli ein Tag und Gedenktag des deutschen Proletariats werde.

Als der Faschismus noch unbedeutend war, erklärten die sozialdemokratischen Führer, daß der Faschismus niemals siegen würde, die Arbeiterklasse würde mit diesem Spul schnell aufkommen. Aber wir sehen, daß in Italien, in Jugoslawien, in Polen, in Belgien der Faschismus siegt hat, und auch in Bayern hat er seine Macht etabliert. Der Faschismus konnte aus kleinen nachwachsenden Anfängen zu dieser Macht werden, weil er sich zu der Nachkriegszeit in einige Kampfe unermüdet vorbereitete und einen immer wachsenden ideologischen Einfluß auf die Masse ausübte. Als in Italien Mussolini erklärte, er werde an einem bestimmten Tage die Staatsgewalt

Dollar 338 900

Metallarbeiter! Nicht die lauten Worte der SPD, nur der revolutionäre Klassenkampf kann uns vor Unterdrückung und Hungerrettung retten. Stimmt für **Opposition!**

Wo sitzen die Falsch-Spieler?

Von E. Melcher

Die Redaktion der „Metallarbeiter-Zeitung“ gebürdet sich in Nr. 29 wie von einem tollwütigen Hunde gebissen. (Die Breslauer „Vollmacht“ hat den Artikel der „Metallarbeiter-Zeitung“ natürlich wortgetreu abgedruckt.) Sie schimpft, rast und gelfert Ost und West ob der sachlichen Feststellungen in dem Artikel „Der Deutsche Metallarbeiterverband im Jahre 1922“ nur einige Spielproben: „Wahrheit, Gerechtigkeit und Stillschließung gegen Andersdenkende im Streit um Meinungen (müssen) gewahrt bleiben. Sehr gut gefällt, Sibel ist es aber nicht die „M.Z.“, die in niederträchtigster, von der antikommunistischen Liga nicht zu überbietender Weise gegen Andersdenkende los schlägt und in jeder Nummer mit überhebendem Rot bespricht? Selbstkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung, und wir wünschen ihr schnellste Genesung im Interesse der deutschen Metallarbeiter.“

Alle Hoffnung auf Besserung muß fallen gelassen werden, wenn man liest, was die Redaktion der „M.Z.“ in einer einzigen Nummer an Beschimpfungen, Verdächtigungen und Verleumdungen zu leisten imstande ist. Damit reicht weite Kreise der organisierten Metallarbeiter noch vor den Delegiertenwahlen hin, was ihr Verbandsorgan auf unsere Feststellungen zu erwidern weiß, noch einige Kostproben: „Was hier geleistet wird, ist nicht nur verbandsschädigend (schade, daß er schon ausgeschlossen ist, der Kerl müßte gleich im hohen Bogen fliegen. D. Red.), sondern einfach verbrecherisch.“ „Unwahrheiten“ und „dreiste Behauptungen“ wimmeln nur so durch einander. Weiter: „Da der Zweck die Mittel heiligt, kommt es Melcher auf Fälschung nicht an.“ „Als eine bewußte Fälschung müssen wir die Aufmachung bezeichnen.“ „Melcher redet demagogisch.“ „Abgesehen von der demagogischen Rechnung Melchers sind seine hundert Sätze überdies noch gefälscht.“ „Melcher scheint nicht zu fühlen, welche erbärmliche Hand wehr er treibt, denn anders können wir das berufsmäßige Belügen breiter Arbeitermassen nicht nennen.“ „Der Mann hat noch den Mut zu schreiben.“ „Die Kommunisten vom Schlage eines Melcher (greifen) zu solch brutalen, gewisslosen Verleumdungen.“ „Demagogen.“ „Das Erwachen der Arbeiter“ wird den Demagogen übel bekommen.“ Derartige Sudelerei füllt annähernd zwei Spalten der „M.Z.“ in Nr. 29.

Wie dieses Geschreibsel mit „Wahrheit, Gerechtigkeit und Stillschließung gegen Andersdenkende“ zu vereinbaren ist, bleibt eine Preisfrage.

Gemgegenüber stellen wir vor der breiten Arbeiteröffentlichkeit fest, daß der fragliche Artikel nicht ein einziges Schimpfwort enthält, die Darlegungen sich nicht mit Personen, noch sonstigen Nebenbeteiligten, sondern nur mit der Jahresabrechnung des DMB für das Jahr 1922 unter Ansehning an die Bilanzen des Verbandes vorangegangener Jahre beschäftigen und die Falschheit des Verbandes nur dort und zwar in durchaus erster Reihe streifen, wo es zum Verstehen der Sache erforderlich ist. Aber es ist schon so:

Wer schimpft, hat Unrecht!

Im Unrecht befindet sich die „Metallarbeiter-Zeitung“! Weil ihre sachliche Entgegnung nicht nur auf äußerst schwachen Füßen ruht, sondern sogar ohne Kopf dasteht, verliert sie den Eindruck meiner Feststellungen durch ein bei der „M.Z.“ angestammtes Schimpfen zu ersehen.

Warum werde ich Verleumder, Lügner, Demagoge, meine Handlung verbandsschädigend, verbrecherisch genannt? Erstens: Weil ich den Arbeitern die ungeschminkte Wahrheit gesagt habe und zweitens, weil ich einheitlich der angebotenen Berechnung die Ausgaben des Verbandes für Kampfzwecke aus den Rechnungsabzügen der Hauptkasse und Nebenkassen für die Jahre 1906, 1919, 1920, 1921 und 1922 zugrunde gelegt habe.

Die oben nur auszugeweiht wiedergegebenen Anwürfe werden erhoben, weil nach der „M.Z.“ übersehen worden sein soll, daß

1. Ueberweisungen an die Hauptkasse, Kontenfortentnahmen, Kassenbestände, Darlehen usw. keine reinen Ausgaben sind, sondern Gelder, die dem Verband noch zur Verfügung stehen.

2. Die Ausgaben sind nur von den Einnahmen abhängig und der Verband kann Leistungen nur vollbringen, wenn die Mitglieder entsprechende Beiträge zahlen.“

Das sind die einzigen sachlichen Argumente, die von der „M.Z.“ gegen meinen oben erwähnten Artikel ins Feld geführt wurden. Diese Argumente sind aber vollständig unrichtig und lediglich aus der Verlegenheit heraus erzeugt, für den Reformismus bei den Verbandstagswahlen zu retten, was noch zu retten ist.

Aber ist nicht, wie die Redaktion der „M.Z.“ behauptet, meine Berechnung extra deswegen

auf dieser Grundlage aufgebaut, um für das Jahr 1922 ein besonders ungünstiges Ergebnis „bewußt zu fälschen“? Das Gegenteil ist richtig! Die Berechnung der Ausgaben für Kampfzwecke ist nicht nur für das Geschäftsjahr 1922, sondern für alle fünf oben genannten Rechnungsabschlüsse einheitlich zugrunde gelegt. Allein diese Tatsache entkräftet alle ausgestreuten Verdächtigungen.

Das Jahr 1922 würde noch viel schlechter davorgekommen sein, wenn alle fünf Jahresabschlüsse nach dem unmöglichen, geradezu unerhörten Rezept der „M.Z.“ berechnet worden wären. Die „M.Z.“ sagt es selbst:

„Der süddeutsche Metallarbeiterstreik der brauchte ein Vierteljahr lang die gesamten Verbandseinnahmen, der Verband schöpfe aus Reserven.“

Mit anderen Worten: Diese Reserven sind in früheren Jahren gesammelt worden. Nach der „M.Z.“ dürften diese Reservenbestände nicht für die bei Berechnung zugrunde gelegten Jahre bei den Gesamtausgaben bleiben, sondern unberücksichtigt gelassen werden. Dadurch würde aber der prozentuale Anteil der Ausgaben für Streikunterstützungen für die Jahre 1906, 1919 bis 1921 bedeutend höher werden, als nach unserer von der „M.Z.“ so heftig angefochtene Berechnung. Im Jahre 1922 dagegen konnten verhältnismäßig wenig oder gar keine neuen Reserven zurückgelegt werden, weil ein Vierteljahr lang die gesamten Verbandseinnahmen verbraucht, aus den Reserven geschöpft und diese vielleicht sogar erschöpft wurden.

Arme Redaktion der „M.Z.“, wie muß der Schmerz gelaufen sein, um die Mitglieder noch einmal durch derartige Mittel einzuleiten zu versuchen. Wenn es ihr aber Spass machen sollte, so sind wir jederzeit bereit, auch einmal nach ihrem Rezept eine Rechnung aufzustellen. Wenn Väterlichkeit ihnen würde, die Redaktion der „M.Z.“ würde keine Stunde länger unter den Lebenden weilen, weil sich herausstellen würde, daß der prozentuale Anteil der Kampfunterstützung für das Jahr 1922 noch um vieles tiefer gegenüber anderen Jahren herabsinken würde, als nach unserer Berechnung.

Um den zweiten Einwand der „M.Z.“ steht es noch schlechter. Wohl ist richtig, daß die Ausgaben von den Einnahmen abhängig sind. Bei einer Beitragsleistung von 11 Mfr. in der Woche, wie während der Zeit des süddeutschen Metallarbeiterstreiks stand die Höhe der Streikunterstützung für die kämpfenden Metallarbeiter bestimmt im selben, wenn nicht einem noch günstigeren Verhältnis zum Beitragsfuß, als in späterer Zeit, da ein Beitrag von 350 Mark erhoben wurde. Alles, was hier die „M.Z.“ sagt, ist nichts anderes, als ein Verlegenheitsgeammel, durchtränkt mit Verleumdungen, die nach dem alten, ihr eigenen Grundsatz ausgeworfen werden: „Nur Iste darauf los verleumdet, es bleibt doch etwas hängen.“

Zudem, wir Kommunisten waren es, die lange, bevor der Vorstand an eine gleitende Beitragsfala dachte, die Forderung verkochten haben: einen Stundenlohn als Beitrag pro Woche der Gewerkschaft. Ein Wort noch zur Mitgliederbewegung des DMB. Im Jahre 1921, wie 1922 waren es die heutigen Freunde des Vorstandes, die die Leitung der Verwaltungsstelle Essen in Händen hatten. Um so schlimmer also für den Vorstand, daß er die von den Mitgliedern endlich zum Zerfall gebrachten Angestellten noch Anfang 1923 zu halten versuchte, obwohl sie die Organisation derart heruntergewirtschaftet hatten. Wir haben auch nur behauptet, daß am Jahresende 1922 die Essener Mitgliederzahl 8790, am Ende des ersten Quartals des Jahres 1923 unter der vom Vorstand zuerst nicht anerkannten jetzigen kommunistischen Ortsverwaltung auf 17 520 Mitglieder angewachsen ist. Es ist also eine Frenschührung, wenn die „M.Z.“ schreibt, Ende 1922 habe Essen noch 16 780 Mitglieder gezählt.

Biel weniger als die „M.Z.“ unsere Angaben über Essen, können wir die Mitgliederbewegung in Hamburg, Leipzig und Dresden nachprüfen, die wir aber für sehr erfreulich halten, wenn die „M.Z.“ nicht ebenso solche Zahlenunterschiede aufgeföhrt haben sollte, wie im Falle Essen. Aber eine Frage, berechnete die „M.Z.“: Die unter kommunistischem Einfluß stehenden Verwaltungsstellen Stuttgart, Esslingen, Jena usw. sind doch ganz bestimmt nur bezogen nicht mit aufgeführt worden, weil dort durch das verbandsfördernde Wirken unserer Freunde ein starkes Wachstum in der Mitgliederbewegung festzustellen ist.

Den organisierten Metallarbeitern ganz gleich welcher Richtung, wird die Entscheidung, wer die Interessen der organisierten Metallarbeiter tatsächlich wahrnimmt, nicht schwer fallen, wenn sie ohne Vorurteil die Wahrheit den angefochtenen Artikel über die Jahresbilanz des DMB, die gegenwärtigen Ausführungen zu dieser Sache

der Schimpfepistel der „M.Z.“ in Nr. 29 entgegenhalten. Ein derartiger Vergleich dürfte manchem Metallarbeiter die Augen öffnen, auch wenn er bis zur Stunde den Reformisten treue Gefolgschaft geleistet hat. Denn nur, wenn ausgesprochen wird, was ist, wenn auch den Organisationen der Arbeiter, wie der Arbeiterkraft selbst niemals ein Ziel für ein U vorzumachen versucht wird, werden schädliche Stellen am Organisationskörper durch die gesunde Kritik abgestoßen und die Organisa-

Betrieb - Gewerkschaft

Waldburger Transportarbeiterstreik

Man schreibt uns: Seit dem 16. Juli befinden sich auch die Kollegen des Waldburger Reviers im Streik. Von Unternehmerseite wird derselbe als ein übermüdiges Jungenspiel gerechtfertigt mit der Begründung, der Streik sei entbrannt, weil die Vertreter der freien Gewerkschaften mit Vertretern der christlichen Arbeitnehmer zusammen nicht verhandeln wollen.

Differenzen zwischen dem christlichen Verband, in dem nur ein kleines Häuflein Transportarbeiter organisiert sind, und dem Verkehrsverband sind vorhanden. Diese Differenzen sind eine Begleiterscheinung der Lohnverhandlungen, sind aber nicht die Ursache des Streikes.

Der Streik ist vielmehr zurückzuführen auf die wirtschaftliche Notlage und den Hunger der Kollegen, die dem langgestrichelten Aufruf zum Streik einstimmig Folge leisteten.

Da bekannt geworden ist, daß durch den am 17. Juli gefassten Beschluß der Unternehmer in Breslau sämtliche Speditionsarbeiter in Schlesien ab Sonnabend, den 21. Juli, ausgesperrt werden sollen, ist der Wunsch bei den Kollegen rege geworden, den Schpaldienststreik im ganzen Verkehrsband des Waldburger Reviers zu proklamieren, welches aber bis dato an der Versperrungstaktik der Betriebsleitung gescheitert ist. Da die Unternehmer uns anstatt Lohnzulagen zu bewilligen, bei den Verhandlungen am 6. Juli den Lohn um 30 000 Mfr. reduzierten, bitten wir das arbeitende Proletariat, uns in unserer Lage das richtige Verständnis entgegen bringen zu wollen und unsere gerechten Forderungen zu billigen und uns in diesem Lohnkampf zu unterstützen.

Die streikenden Speditionsarbeiter

Waldburgs.

Ein feiner Obermeister

Die Webereifirma Gottl.5 Jung in Langenbielau beschäftigt einen Obermeister namens Rudolf. Dieser Mann versteht es außerordentlich gut, seine Arbeiter in jeder Art und Weise zu schikanieren. Die Firma hatte am 27. April einem Teil der Belegschaft gekündigt, angeblich weil ihr der Kredit ausgegangen sei; eine Woche später kündigte man der ganzen Beleg-

ung des Proletariats für die großen gegenwärtigen und noch größeren Zukunftsaufgaben kampfbüchtig gestaltet werden.

Die reformistischen Führer im DMB wollen das ebenso wenig, als die Redaktion der „M.Z.“ Daraus müssen die Metallarbeiter, die unter den Schwächen ihrer gewerkschaftlichen Organisation einzeln und allein zu leiden haben, bei den Wahlen der Delegierten zum Verbandstages nach Gassel die Lehren ziehen. Es gilt „ein falsches Spiel zu durchbrechen.“

Die Arbeiter ermahnen natürlich dieses Manöver sofort. Die Firma sollte nicht an deren, als den Betrieb haben. Und bei der Wiedereröffnung blieb auch der Betriebsrat reich, durchsichtig und eine Anzahl Arbeiter, die dem Herrn Obermeister nicht genehm waren, auf der Straße. Es wurde jetzt nach der Schicht Uhr gewöhnt. Bekommt der Weber nicht die nötige Lohnzulage auf, so ist er ein Zankapfel und kommt auf die schwarze Liste, die im Arbeitsraum aufgehängt ist; hat der Arbeiter die nötige Lohnzulage aufgebracht, so hat er eben gut verdient und hat dann keine Arbeiterunterstützung zu bekommen. Auch sonst wird der Weber oder die Weberin auf das Möglichste gequält. Die Stühle sind meist nicht in Ordnung; es muß stundenlang gebaut werden und bestattet sich dann mal ein Fleckerl in der Ware, was bei dem jeweiligen schlechten Material leicht möglich ist, so heißt es einfach: Wenn das noch mal vorkommt, so steigen Sie hinaus. Der Herr Obermeister soll doch mal juridieren an seine frühere Tätigkeit, die dortigen Arbeiter, die er ebenso quälte, stehen sich das nur nicht gefallen, sie verlangten seine Entfernung und sie haben es auch durchgeführt. Wie kommt es übrigens, daß die Firma Jung weit niedrigere Löhne zahlt, als andere Fabriken? S. B. gibt es bei Dierig für dieselbe Ware und Lohnzahl 63 Mark mehr. Fragt man nach der Ursache, so heißt es bei dem feinen Herrn: Die Arbeiter bei Dierig sind eben fleißiger als bei uns.

Seshalb, Weber und Weberinnen, haltet besser zusammen, seid einig und erzwingt Euch die Entfernung dieses Obermeisters und höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

Öffentliche Auktion

Auf Sammlertagen für die Chemnitzer Bauarbeiter gingen bei der Fraktionsleitung in Waldburg ein: Liste 88: 19 500 Mfr., Liste 82: 29 000 Mfr., Liste 82: 21 500 Mfr., Liste Nr. 84: 42 000 Mfr., Liste 83: 34 320 Mfr., Insgesamt also: 196 320 Mfr., worüber hiermit öffentlich quittiert ist. Jeder revolutionäre Bauarbeiter, der mitgeholfen hat, diese Kaufpreise zum Kampf zusammenzutragen, wird auch weiterhin seine Kräfte in den Dienst des Kampfes stellen, zum Wohle aller.

Aus Breslau

Metallarbeiter! Heraus zur Wahl!

Am Sonntag, den 22. Juli, ist der entscheidende Tag. Es wird entschieden über das Schicksal eures Verbandes. Der Verbandstag in Gassel muß eine oppositionelle Arbeit bringen. Die größte deutsche Gewerkschaft muß endlich zurück auf den Boden des Klassenkampfes. Darum müssen alle revolutionären Arbeiter für die Liste der Opposition stimmen.

Die Wahllokale für Breslau sind:

- Gewerkschaftshaus, Zimmer 6, Schmitzbecherstraße, Neue Wallgasse
- Weiße, Berliner Straße 58,
- Schubert, Leipzigerstraße 25,
- Gajewski, Bärenstraße 46,
- Beinlich, Deutzerstraße 8
- Klante, Hochstraße 7,
- Schwartz, Hofstraße 57/59,
- Peter, Groß Schanisch, für Brodau und Schanisch,
- Ernst, Schmiedefeld,
- Sugantke, Deutsch Lisa, Breslauer Straße 13.

Die Bekanntmachung der aufgestellten Kandidaten erfolgt durch Aushang in den Wahllokalen.

Jedes Mitglied hat bei der Wahl das Mitgliedsbuch vorzulegen.

Ohne Mitgliedsbuch darf niemand wählen.

Die Wahlzettel ist von Donnerstag 10 Uhr bis nachmittags 4 Uhr. Heran zur Wahl! Jeder revolutionäre Metallarbeiter wählt die

Liste Donner!

Proletarischer Kurszettel

Am 19. Juli kostete ein Dollar in Berlin 225 000 Mfr.

Am 19. Juli kostete ein Dollar in New-York 320 000 Mfr.

Die allgemeine Lage ist wirtschaftlich die gleiche, wie die militärische Lage im Oktober 1918. Die Regierung Suno operiert mit denselben Lügenberichten wie damals die Regierung Prinz Max und Ubert. Die Arbeiter müssen ihre Konsequenzen ziehen.

Die Schwerindustrie rüstet ihre Kampftruppen, die Polizei, mit Waffen und schmerrevolutionärer Ideologie aus. Die ungeheuren Summen dafür werden von den Arbeitern erprecht. Die Arbeiter

propagieren mit Maschinenengewehren und Kanonen die Notwendigkeit „öffentlicher Reinheit“. Fordern die Monarchie, oder noch mehr, die Restauration der Adelsherrschaft. Die Kosten werden auf die lebensnotwendigen Nahrungsmittel abgewälzt. Das Kleinbürgertum wird zwischen Großkapital und Proletariat zerrieben.

Das Ergebnis dieses wirtschaftlich-politischen Kampfes drückt sich in den Kleinhandelspreisen aus. Und dieses Elend soll durch „wertbeständige Löhne“ veremigt werden!

Ware	Menge	Preis am 20. Juli 1923		Preis im Juli 1913	
		Einheit	Preis	Einheit	Preis
Rindfleisch	500 g	42000	8.5 Stb.	0.90	1.29 Stb.
Schweinefleisch	500 g	44000	8.87	0.81	1.16
Wurstfleisch	500 g	26000	2.17	0.45	48 Stb.
Rohschinken	500 g	16000	1.24	0.24	20
Pering, geflogen	500 g	2000	10 Stb.	0.08	7
Weizenmehl	500 g	13000	1.06 Stb.	0.18	14
Woggenmehl	500 g	10000	80 Stb.	0.12	10
Wort	2000 g	28000	2.34 Stb.	0.48	42
Senf	500 g	11200	64 Stb.	0.22	18
Orange	500 g	13500	1.18 Stb.	0.19	18
Äpfel	500 g	12300	1.08	0.21	19
Wiße Bohnen	500 g	10000	80 Stb.	0.21	19
Roggen	500 g	120000	10 Stb.	1.84	27 Stb.
Rettig	500 g	80000	8	1.53	23
Zee	500 g	10000	12.5	2.71	30 Stb.
Rüben	500 g	2000	15 Stb.	0.20	25
Wort	500 g	12000	1 Stb.	0.79	1.18 Stb.
Margarine	500 g	37000	3.18	0.19	18 Stb.
Salzwasser	1 Liter	60000	6 Stb.	0.17	1.85 Stb.
Butter	500 g	4500	28 Stb.	0.02	6 Stb.
Wort	1 Stück	2000	10	0.14	12
Rohschinken, neue	1 Stb.	3000	18	0.10	7
Wort	1 Stb.	12000	1 Stb.	0.20	19
Wort	1 Stb.	4800	23 Stb.	0.18	18
Wort	1 Stb.	7400	37	0.25	20
Wort	1 Stb.	8000	30	0.15	12
Wort	500 g	45000	3.75 Stb.	0.86	1.23 Stb.
Wort	1 Dollar	22000	26.67	4.20	6

Für die Arbeiter gibt es nur einen wertbeständigen Lohn, das ist der

Friedenslohn.

Ferienwanderung der 2. Mädchenabteilung der Freien Arbeiterkraft

Ausführungen

Alle Teilnehmer zur Wanderung treffen sich am Montag, den 23. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, Hochstraße, Ecke Gräblicher Straße. Abmarsch Punkt 5 Uhr nach dem Freiburger Bahnhof. Abfahrt hieselbst abends 6 26 Uhr, bis Freiburg. Am 24., 25. und 26. sind kleine Touren in der Umgegend von Freiburg. Am 26., 27. und 28. durchstreifen wir die Waldburger Berge. Am 29., 30. und 31. kleine Touren

